



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

[Joshua Frey, MdL, Spitalstraße 56, 79539 Lörrach](mailto:joshua.frey@landtag-bw.de)

PRESSEMITTEILUNG



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher
Mitglied im Sozialausschuss

Wahlkreisbüro

Spitalstrasse 56
79539 Lörrach
Telefon (07621) 7099090
Telefax (07621) 7099091
Mail: wahlkreisbuero@joshua-frey.de
www.josha-frey.de

Lörrach, den 24. Februar 2021

Niederschwelliges Angebot für alle Frauen, die Schutz suchen.

Joshua Frey, MdL: „Flächendeckende Versorgung von Hilfs- und Beratungsangeboten für Frauen und Mädchen im Land sicherstellen.“

Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Jede dritte Frau in Deutschland ist mindestens einmal in ihrem Leben von physischer oder sexualisierter Gewalt betroffen. Hilfe und Schutz bei Gewaltbetroffenheit ist eine staatliche Verpflichtung – dies auf der Grundlage der so genannten Istanbul-Konvention, die auch von Deutschland unterzeichnet wurde. Deswegen war es dem grünen Landtagsabgeordnete Joshua Frey wichtig, sich auch in der Pandemie in einer Videokonferenz mit den Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstelle Lörrach auszutauschen, um in Erfahrung zu bringen, wie die Umsetzung dieser Aufgabe vor Ort gelingt.

Dabei wurde deutlich, wie wichtig die Arbeit der Beratungsstelle ist: Sie ist die zentrale und niederschwellige Anlaufstelle für Frauen und Mädchen, die Gewalt erfahren. Die Zahlen sprechen für sich: Von 2019 auf 2020 hat sich die Anzahl der Beratungen von hilfesuchenden Frauen an die Frauenberatungsstelle verdoppelt. „Die Pandemie hat ein deutliches Brennglas auf ein schon lange bestehendes Problem in unserer Gesellschaft gelegt. Viele Frauen kommen auch zu uns, weil die Frauenhäuser überlastet sind“, wissen die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle. Häufig sind die Plätze in Frauenschutzhäusern in Baden-Württemberg auch komplett belegt, so dass dringende Fälle in andere Bundesländer überwiesen werden mussten.

In den vergangenen Jahren wurden, was die Strukturen und Finanzierung für den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt angeht, einige wichtige Schritte in die richtige Richtung gemacht: So hat zum Beispiel das Land in 2020 und 2021 über 12 Millionen Euro zusätzliche für Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen zur Verfügung gestellt. Auch die Fachberatungsstellen konnten weiter ausgebaut werden. Allerdings haben weiterhin acht Landkreise keine Frauenberatungsstelle! Um sicherzustellen, dass auch während der Pandemie die Beratungsstellen offenbleiben, wurde eine Million Euro zusätzlich vom Land für diese zur Verfügung gestellt. Damit konnten im Landkreis Lörrach in einem einjährigen Projekt mobile Teams installiert werden. Joshua Frey sagte zu, sich beim Sozialministerium für eine Verlängerung des Projektes einzusetzen.

Dennoch, so waren sich alle Beteiligten einig, ist häufig noch nicht ins Bewusstsein gerückt, dass aufgrund der Realitäten der Schutz von Mädchen und Frauen vor Gewalt – sei es durch Prävention, Beratung und akuten Hilfestellungen – keine freiwillige Leistung, sondern Pflichtaufgabe der Kommunen und des Landkreises sein muss. Deswegen ist es auch aus Sicht des grünen Landtagsabgeordneten fatal, wenn im Landkreis Lörrach trotz jährliche steigender Zahlen der Beratungsfälle der Frauenberatung von zwei beantragten Stellen gegen „Häusliche Gewalt“ im Jahr 2020 nur eine Stelle bewilligt wurde. Zudem wurde

diese aufgrund der coronabedingten Sparmaßnahmen auf 0,7 gekürzt. Der Landkreis Lörrach sei der einzige Landkreis in Baden-Württemberg, der die laufenden Zuschüsse einer Frauenberatungsstelle um 30% kürzte. Zwar hat der Landkreis die Kürzungen im Bereich Prävention abgedeckt durch die Fritz Berger Stiftung, doch die Kürzungen im Bereich häusliche Gewalt blieben bestehen. Somit fehlen der Beratungsstelle im laufenden Jahr 15% des bisherigen Etats.

„Es bleibt noch viel zu tun, bis wir auch in Baden-Württemberg der Verpflichtung gemäß der Istanbul-Konvention des Europarats, Frauen und Mädchen umfassend vor Gewalt zu schützen, ganz entsprechen“, so Josha Frey. „Deswegen möchte ich mich gemeinsam mit meiner Fraktion auch dafür einsetzen, dass wir möglichst bald eine niedrighschwellige, flächendeckende Versorgung von Hilfs- und Beratungsangeboten der Landkreise im ganzen Land sicherstellen – mit angemessenen Ressourcen und einer auskömmlichen Finanzierung“, ergänzt das Mitglied des Sozialausschusses, Josha Frey.